

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
(22. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Hintze, Klaus Hofbauer, Arnold Vaatz,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU**

**Förderung der Grenzregionen zu den Beitrittsländern  
– Drucksache 14/6638 –**

### **A. Problem**

Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union kommen auf die Regionen, die an die Beitrittsstaaten angrenzen, besondere wirtschaftliche Herausforderungen zu. Die Regionen werden einem erhöhten Anpassungsdruck und höheren Belastungen ausgesetzt. So müssen sie sich möglicherweise stärker als andere Regionen auf die raschen Veränderungen der Marktbedingungen einstellen. Insbesondere ländliche Grenzgebiete können dabei vor allem in den Anfangsphasen der Integration einem größeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt sein. Zudem kann es zu Wettbewerbsvorteilen auf Seiten der Beitrittsländer kommen, unter anderem aufgrund des bestehenden Lohngefälles. Daraus kann eine Verlagerung von Produktion, Investitionen und Dienstleistungen folgen. Um dem erhöhten Anpassungsdruck entgegenzuwirken hat der Europäische Rat auf dem Gipfel von Nizza (7. bis 10. Dezember 2000) die Kommission der Europäischen Gemeinschaften aufgefordert, ein Programm zur Festigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen vorzuschlagen. Zu diesem Vorhaben hat die Bundesregierung einen umfangreichen Maßnahmenkatalog an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften übermittelt.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 25. Juli 2001 ihre Mitteilung über die Auswirkungen der Erweiterung für die an Beitrittsländer angrenzenden Regionen – Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen vorgelegt. Mit dem vorliegenden Antrag wird auf diese Problematik eingegangen.

### **B. Lösung**

Ablehnung des Antrages.

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6638 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

**Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

**Dr. Friedbert Pflüger**  
Vorsitzender

**Winfried Mante**  
Berichterstatter

**Markus Meckel**  
Berichterstatter

**Peter Hintze**  
Berichterstatter

**Michael Stübgen**  
Berichterstatter

**Klaus Hofbauer**  
Berichterstatter

**Christian Sterzing**  
Berichterstatter

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter

**Manfred Müller (Berlin)**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Winfried Mante, Markus Meckel, Peter Hintze, Michael Stübgen, Klaus Hofbauer, Christian Sterzing, Ernst Burgbacher, Manfred Müller (Berlin)**

### **1. Beratungsverfahren**

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur Förderung der Grenzregionen zu den Beitrittsländern (Drucksache 14/6638) wurde in der 201. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. November 2001 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union federführend sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 93. Sitzung am 12. Dezember 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 70. Sitzung am 12. Dezember 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 73. Sitzung am 12. Dezember 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 75. Sitzung am 12. Dezember 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### **2. Gegenstand des Antrags**

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der Europäischen Kommission mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass sie das in Aussicht gestellte Förderprogramm für die Grenzregionen baldmöglichst vorlegt. Europäisches Parlament und Ministerrat sind aufgefordert, dieses mehrjährige Sonderprogramm mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Eine reine Umbuchung von Zuschüssen, die den Grenzregionen bereits anderweitig zustehen, ist als nicht sachgerecht abzulehnen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, bei der Europäischen Kommission nachdrücklich darauf zu drängen, dass die nationalen Regionalförderungsprogramme in der Übergangsphase vor und nach dem EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten verstärkt für die Grenzregionen eingesetzt werden dürfen. Die von der Europäischen Kommission sehr eng angelegten Förderkriterien müssen verstärkt in die nationale Zuständigkeit zurückgeführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Haushaltsmittel für die Regionalförderung im Rahmen der bestehenden Programme und Instrumente schon im Bundeshaushalt 2002 zu erhöhen, damit

die nationale Kofinanzierung des geplanten EU-Förderprogramms für die Grenzregionen sichergestellt werden kann und der Programmstart nicht weiter verzögert wird.

### **3. Beratungsverfahren – federführender Ausschuss**

Die Erweiterung der Europäischen Union und der Stand der Beitrittsverhandlungen sind von Anbeginn der Wahlperiode ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Europaausschusses gewesen. Der Ausschuss hat sich den mit der Erweiterung zusammenhängenden Fragen u. a. in einer Reihe von öffentlichen Anhörungen gewidmet und auch auf diese Weise versucht, einen Beitrag zur Kommunikationsstrategie zu leisten.

Bereits am 27. Oktober 1999 hatte der Ausschuss ein Fachgespräch mit Vertretern europäischer und internationaler Organisationen zu den Hilfeleistungen für die mittel- und osteuropäischen Länder geführt, um sich ein Bild über das Ausmaß der finanziellen Hilfeleistungen für die MOEL und damit eventuell verbundene Organisations- und Koordinationsprobleme zu verschaffen. An dem Fachgespräch nahmen teil: das Mitglied im Kabinett von Kommissar Günter Verheugen, Herr Jean-Eric Paquet, das Mitglied des Vorstandes der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frau Ingrid Matthäus-Meier, der Senior Advisor im Büro des Vizepräsidenten der Weltbank, Herr Franz Kaps, der deutsche Exekutivdirektor beim Internationalen Währungsfonds, Herr Dr. Bernd Esdar, der Generalbevollmächtigte der Europäischen Investitionsbank, Herr Frido Weber-Krebs, der Stellvertreter des deutschen Exekutivdirektors bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Herr Jörg Ranau. Es war dies das erste Mal, dass im Deutschen Bundestag Vertreter dieser Institutionen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages über die Hilfeleistungen für die MOEL diskutierten.

Am 1. Dezember 1999 führte der Ausschuss ebenfalls in öffentlicher Sitzung ein Fachgespräch mit allen Botschaftern der zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenbewerberländer sowie Zyperns und Maltas, um sich über deren Selbsteinschätzung unterrichten zu lassen.

In einer gemeinsamen Anhörung mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat sich der Europaausschuss in seiner 59. Sitzung am 17. Januar 2001 mit dem Thema der Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen befasst. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige mitgewirkt: Professor Dr. Hast (BVE Bonn), Dr. Born (DBV Bonn), Herr Spahn (IG Bau Frankfurt/Main), Professor Dr. Froberg (AMO Halle), Herr Hetzner (MIV Bonn), Professor Dr. Dieter Träger (Institut für ausländische Landwirtschaft Berlin), Professor Dr. Folkhard Isermeyer (FAL Braunschweig), Dr. Martin Banse (Institut für Agrarökonomie, Universität Göttingen), MR Dr. Friedemann Tetsch (BMWi) sowie Herr Dr. Lothar Blatt (Arbeitsgemeinschaft peripherer Regionen Deutschlands).

Der Ausschuss hat darüber hinaus in seiner 62. Sitzung am 14. Februar 2001 ein Hearing zu dem Thema „Wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung“ mit folgenden Sachverständigen durchgeführt: Frau Karin Allewelt (Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand), Herr Professor Dr. Kurt Schelter (Minister der Justiz und für Bundesangelegenheiten des Landes Brandenburg), Herr Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg (Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie), Herr Dr. Wolfgang Quaisser (Fachreferent des Osteuropa-Institut München), Herr John Hontelez (Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros in Brüssel) und Herr Dr. Herbert Brücker (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin).

In seiner 67. Sitzung am 4. April 2001 hat der Ausschuss eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ mit folgenden Sachverständigen durchgeführt: Dr. Herbert Brücker (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin), Norbert Cyrus (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Oldenburg und Vorstandsmitglied des Polnischen Sozialrates e.V.), Toni Hinterdobler (Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz Regensburg), Petra Hintze (Geschäftsführerin der IHK Neubrandenburg), Dr. Elmar Hönekopp (Bundesanstalt für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Nürnberg) sowie Christoph Kannengießner (Vorsitzender des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit, Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Berlin).

Am 16. Mai 2001 hat der Europaausschuss seine 70. Sitzung gemeinsam mit dem Ausschuss für Europäische Integration des Sejm in Slubice durchgeführt. Im Vordergrund dieser gemeinsamen Ausschusssitzung standen die Themen: Arbeitnehmerfreizügigkeit, Wirtschaftliche Lage im Grenzgebiet und grenzüberschreitende Kooperation, Innere Sicherheit.

In seiner 60. Sitzung am 24. Januar 2001 hat sich der Ausschuss durch Staatsminister Dr. Christoph Zöpel (Auswärtiges Amt) und den Stellvertretenden Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Herrn MD Peter Ruhenstroth-Bauer, über die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung zur EU-Erweiterung unterrichten lassen.

Seit dem 8. Februar 2001 hat der Ausschuss das Verfahren eingerichtet, dass die Obleute und zuständigen Berichterstatter vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, regelmäßig – in monatlichen Abständen – über den Stand der Beitrittsverhandlungen unterrichtet werden.

In seiner 71. Sitzung am 30. Mai 2001 haben Staatsminister Dr. Christoph Zöpel (Auswärtiges Amt) und der Abteilungsleiter für Europäische und Internationale Sozialpolitik im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Herr MD Dr. Ohndorf, den Ausschuss über den Stand der Beitrittsverhandlungen unterrichtet.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6638 wurde in der 85. Sitzung des Ausschusses am 12. Dezember 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 12. Dezember 2001

**Winfried Mante**  
Berichterstatter

**Markus Meckel**  
Berichterstatter

**Peter Hintze**  
Berichterstatter

**Michael Stübgen**  
Berichterstatter

**Klaus Hofbauer**  
Berichterstatter

**Christian Sterzing**  
Berichterstatter

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter

**Manfred Müller (Berlin)**  
Berichterstatter





